

Heute haben wir übergeben — hier ist, was wir dem Landratsamt mitgegeben haben

Am heutigen Tag haben wir 2.345 Unterschriften persönlich beim Landratsamt Oberallgäu in Sonthofen übergeben – drei Tage vor Ende der Einwendungsfrist am 20. April 2026. Unten lesen Sie unsere vollständige Pressemitteilung dazu.

2.345 Stimmen gegen die Erddeponie – Bürgerinitiative fordert Konsequenzen im Genehmigungsverfahren

Sonthofen/Immenstadt. Am 17. April 2026 hat die Bürgerinitiative „Erhalt der Alpsee-Landschaft“ ihre gesammelten Unterschriften gegen die geplante „Erddeponie im Weihergut“ bei Bühl am Alpsee beim Landratsamt in Sonthofen übergeben – die Einwendungsfrist endet am 20. April 2026.

„Wir sind es den vielen Menschen schuldig, die sich mit ihren Sorgen und ihrer Hoffnung an uns gewandt haben, dass ihre Stimmen fristgerecht und unmissverständlich Gehör finden“, erklärt die Bürgerinitiative.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: 2.345 Unterschriften gegen das Vorhaben, davon über 752 aus Immenstadt und seinen Ortsteilen, mehr als 1.600 aus dem gesamten Landkreis Oberallgäu und etwa 700 von Gästen und Touristen. Für die Initiative ist das ein eindeutiges Signal: Der Widerstand ist breit, tief verankert – und wächst weiter.

Die Übergabe der Unterschriften konnte aufgrund einer Terminüberschneidung nicht persönlich an die Landrätin erfolgen. Umso mehr erwartet die Bürgerinitiative, dass die Anliegen der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner im weiteren Verfahren sorgfältig geprüft und angemessen berücksichtigt werden.

Für die Initiative steht fest: „Die Menschen wollen diese Deponie nicht – und schon gar nicht an diesem sensiblen Standort.“ Die geplante Nutzung des Weiherguts wird als gravierender Eingriff in eine wertvolle Natur- und Erholungslandschaft bewertet.

Mit Nachdruck richtet sich die Bürgerinitiative an das Landratsamt: Das Genehmigungsverfahren müsse kritisch überprüft und auf Grundlage der vorliegenden Einwendungen neu bewertet werden.

Besonders deutlich fällt die Kritik an den ausgelegten Planungsunterlagen aus. Diese seien unvollständig, widersprüchlich und von erheblichen Mängeln geprägt. „Auf dieser Basis eine Genehmigung zu erteilen, wäre nicht verantwortbar.“

Die Bürgerinitiative kündigt an, den öffentlichen Druck weiter aufrechtzuerhalten. Auch die Stadt Immenstadt, die Eigentümerin von Teilen der Deponiefläche ist, wird aufgefordert, die klare Haltung eines großen Teils der Bevölkerung ernst zu nehmen. Die Menschen wollen nicht, dass kommunale Flächen an diesem Standort für eine Deponie genutzt werden.

„Wir werden nicht lockerlassen. Diese Landschaft ist es wert, geschützt zu werden
– und wir werden alles dafür tun.“

**Bitte zeichnen Sie weiter – und teilen Sie diese Petition. Die
Einwendungsfrist läuft bis zum 20. April 2026.**